

**Die Antwort von Christine Schneider – Abgeordnete des Europäischen Parlaments
(Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Gruppe / Fraktion der Europäischen Volkspartei)**

Vielen Dank für Ihr Schreiben und Ihr eindringliches Engagement angesichts der dramatischen Lage im Sudan.

Seit April 2023 erleben wir dort eine der schwersten humanitären Krisen unserer Zeit. Insbesondere die Gewalt in Darfur weist Züge systematischer Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung auf. Das Leid der Menschen, die massive Vertreibung sowie der eingeschränkte Zugang zu humanitärer Hilfe sind in keiner Weise hinnehmbar.

Sie haben Recht, der Krieg im Sudan ist längst kein rein innerstaatlicher Konflikt mehr. Er wird durch externe Akteure, geopolitische Interessen und den Zugriff auf Rohstoffe zusätzlich angeheizt. Zugleich ist die Beweislage zu konkreten Waffenlieferungen einzelner Drittstaaten komplex. Zwar existieren gewichtige Hinweise und Berichte internationaler Organisationen und UN-Experten, doch fehlen bislang in vielen Fällen gerichts feste, völkerrechtlich eindeutige Feststellungen, die Voraussetzung für weitergehende Maßnahmen, wie umfassende Waffenembargos, wären.

Unabhängig davon steht für mich fest, wer zur Verlängerung dieses Krieges beiträgt, trägt Verantwortung für das Leid der Zivilbevölkerung. Deshalb unterstütze ich gezielte Sanktionen gegen Verantwortliche auf allen Seiten des Konflikts und setze mich dafür ein, dass bestehende Instrumente konsequent angewandt und, wo möglich, ausgeweitet werden.

Die Rolle der Europäischen Union ist im Sudan-Konflikt realistisch begrenzt. Die EU ist keine führende Mediatorin, leistet aber wichtige Beiträge durch diplomatischen Druck, humanitäre Hilfe und restriktive Maßnahmen. Seit 2023 hat die EU gezielte Sanktionen gegen Personen und Einrichtungen verhängt und mehr als 270 Millionen Euro an humanitärer Unterstützung bereitgestellt. Diese Hilfe muss weiter ausgebaut und der Zugang für Hilfsorganisationen dringend gesichert werden.

Das Europäische Parlament hat seit Beginn des Krieges mehrfach deutlich Stellung bezogen. In drei Resolutionen haben wir Waffenstillstände gefordert, vor einem drohenden Völkermord gewarnt, Sanktionen verlangt und die massive Unterstützung der Zivilbevölkerung angemahnt. Als Parlament sind wir häufig die lauteste Stimme, auch wenn unsere Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber Exekutiven und Drittstaaten begrenzt sind.

Besonders wichtig ist mir die Rolle der sudanesischen Zivilgesellschaft. Initiativen wie die Emergency Response Rooms leisten unter extremen Bedingungen lebensrettende Arbeit. Ich unterstütze ausdrücklich, dass diese Akteure stärker politisch einbezogen und finanziell unterstützt werden müssen, sowohl im Sudan selbst als auch in den Nachbarländern, die Millionen Geflüchtete aufgenommen haben.

Ich teile Ihre Auffassung, dass humanitäre Korridore und eine bessere internationale Koordinierung, insbesondere mit der Afrikanischen Union, den USA und den Vereinten Nationen, dringend notwendig sind. Hier werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass humanitäre Prinzipien Vorrang vor geopolitischen Interessen erhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Christine Schneider